



Informationen des
Fachbereiches
Sozialversicherung
Fachgruppe
Arbeitsverwaltung
der Gewerkschaft
ver.di

V.i.S.d.P.: ver.di Bundesvorstand
Fachbereich Sozialversicherung,
Jochen Berking,
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Berlin, September.2008

Neuorganisation der Durchführung des SGB II

Wohin geht der Weg?

Das Bundesarbeitsministerium arbeitet an der Umsetzung der Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im Juli. Der ursprünglich angestrebte Termin Anfang September zur Präsentation der Nachfolgeregelung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes konnte nicht realisiert werden. Aus vielen Gesprächen mit den verantwortlichen Akteuren ist uns bekannt, dass in der politischen Debatte der Verantwortlichen in der Politik sehr kontrovers diskutiert wird. Mit unserem Info vom 22.Juli 2008 hatten wir die offenen Fragen, die sich für die Neuorganisation stellen, veröffentlicht. Diese Fragen hat die Gewerkschaft ver.di in vielen Diskussionen mit den Verantwortlichen in der Politik diskutiert und in die Debatte eingebracht. Für die Bundesfachgruppe Arbeitsverwaltung gilt unverändert:

- Arbeitsmarktpolitik muss in der Bundesrepublik Bundesaufgabe sein und bleiben.
- Keine Zerschlagung der Bundesagentur für Arbeit!
- Keine neue Behörde, kein neuer Bürokratieaufbau¹
- Keine Gesetzesänderungen und Neuorganisation, die bestehende Probleme nicht löst, die neue Schnittstellen einrichtet, die Beschäftigte der ARGEN erneut in rechtsfreie Räume drängt und abgesicherte Arbeits- und Lebensbedingungen nicht abschließend beantwortet.

Die Bundesfachgruppe steht im Kontakt mit Behördenvertretern, Landtags- und Bundestagsabgeordneten und Ministern, damit die Neuorganisation der ARGEN auch in der Zukunft der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik gerecht wird. Die politische Auseinandersetzung für die Beschäftigten ist unsere gemeinsame Aufgabe. Die anstehenden Gesetzesänderungen müssen Verbesserungen für den sozialstaatlichen Auftrag der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sichern. Die Gewerkschaft ver.di setzt auf den erfolgreichen Dialog mit der Politik – im Zweifelsfall werden wir aber auch mit den BA-Beschäftigten gemeinsam an die Öffentlichkeit gehen!

¹ Die Gewerkschaft ver.di hat sich ausdrücklich gegen das Modell der Arbeitsgemeinschaft als Landesbehörde gegenüber dem Bundesminister für Arbeit und Soziales ausgesprochen.



Sozialversicherung

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

